

Unser Antrag auf Verlesung der Haushaltsreden hier vor dem Gemeinderatsgremium ist vor zwei Wochen abgelehnt worden. Das Argument für den Vortrag war, dass alle Beteiligten zur gleichen Zeit auf den gleichen Stand gebracht werden sollten und jeder sich die Ansicht der anderen Fraktionen hätte anhören müssen. So wird keine Zeit gespart und es ist auch nicht gewährleistet, dass wirklich alle alles lesen. Manche Aussagen hätten sich dabei zwar wiederholt, aber das wäre zumutbar gewesen. Einige Zahlen lassen sich auch jetzt nicht vermeiden.

Der Stadtkämmerer Herr Benedikt Lang hat ein eindrucksvolles Zahlenwerk zum Haushaltsplan 2022 vorgelegt. Für Laien wie uns ist das zwar ein hartes Brot, man kann es aber doch lesen. Er schreibt in seiner Gesamtbewertung, die Haushaltslage sei schon vor der Corona-Krise kritisch gewesen. Daher sei 2020 auch eine Haushaltssperre von 10% für Sach- und Dienstleistungen vorgenommen worden und von 50% bei vielen freiwilligen Aufgaben mit Ausnahmen für soziale und kulturelle Einrichtungen.

Das hat zu einem fast ausgeglichenen Haushalt 2021 geführt, der so nicht zu erwarten gewesen war. Einige Bedingungen haben sich im Jahresverlauf verbessert, so daß statt eines Zahlungsmitteldefizits jetzt ein Überschuss von 1.5 Mio € erwartet wird. Der Jahresabschluß ist jedoch noch nicht fertiggestellt.

Für das Jahr 2022 steigen die kommunalen Steuern voraussichtlich um 7 % von 18 auf 19 Mio €. Gleichzeitig steigen die Schlüsselzuweisungen vom Land und Bund um 1 Mio €. Alle Investitionen seien nur eine Fortschreibung der beschlossenen Projekte, es gibt keine neuen. Der Sanierungsstau bliebe daher bestehen.

Bei allem Wohlwollen fallen drei Dinge auf:

1. die Steigerungsraten steigen bei fast allen Positionen schneller als die Inflation,
2. bei Verpflichtungen und Investitionen wird häufig der Begriff des „Unausweichlichen“ benutzt, aber das können wir nicht immer nachvollziehen. Was ist wirklich „unausweichlich“? Dabei sind wir als Gemeinderat auf die Angaben der Verwaltung angewiesen und die ist es wiederum auf die von fremden Fachleuten. Wo bleibt da die Verantwortung? Etwa bei uns als letzter Instanz? Oder diffundiert sie irgendwie weg? Wir sind in Vielem eigentlich überfordert. Ist „unausweichlich“ oft nicht nur Bequemlichkeit oder Unentschlossenheit im Denken und Handeln, weil es sich so entschlossen und alternativlos anhört?
3. das Attribut „Sozial“ dient gern als leichte oder gar leichtfertige Begründung für manche Ausgaben und hinterlässt doch einen schalen Geschmack. Was ist von der „Sozialen Marktwirtschaft“ geblieben?

Zum Haushalt:

- > Von den Bürgern werden so viele Abgaben verlangt, daß die Grenze des Erträglichen erreicht ist, von ihnen kann bei den Einnahmen für die Stadt nicht noch mehr geholt werden, wie Herr Lang bemerkt hat.
- > Wo sind die viel gelobten Rationalisierungseffekte durch Digitalisierung oder Reorganisation?

> Es bleiben die Ausgaben - wie immer. Bei den Investitionen sind sie z.T. weit über die veranschlagten Summen hinaus angestiegen. Woran liegt das? Wird sich das in Zukunft ändern? Ist das unausweichlich?

Nun einige Einzelheiten:

Die Erträge aus Steuern steigen nach Plan um 6,5% auf 20 Mio €, daraus aus Zuweisungen und Umlagen um 15% auf 12 Mio €. Das sind ganz ordentliche Beträge, die über dem Durchschnitt der letzten Jahre liegen und in dieser Form dauerhaft auch nicht mehr erwartet werden dürfen.

Im Haushalt 2022 fallen die hohen Personalausgaben von 30 % der Gesamtausgaben auf.

Der Stellenzuwachs im Erziehungsbereich beträgt z.B. +25%.

Bei den Aufwendungen fallen die Transferleistungen auf, die um 12 % auf 15 Mio € steigen, darunter 3 Mio. allein im Erziehungsbereich für z.B. Kindergärten. Nichts gegen die Kindergärten, aber es fallen eben Kosten an. Die Sach- und Dienstleistungen steigen um 5% auf 7,3 Mio €.

Die Abschreibungen steigen bis 2025 sogar um 59 % auf dann 2,7 Mio €, die zusätzlich erwirtschaftet werden müssen, wie Herr Lang betont.

2020 wurde ein Investitionsdarlehen von 1,5 Mio € mit einer Laufzeit von 20 Jahren zu 0,0 % Zinsen aufgenommen, die nächste Aufnahme von 2 Mio € ist für das kommende Jahr geplant.

Für das Jahr 2022 kann zwar ein Zahlungsmittelüberschuß von 0,86 Mio € angesetzt werden, für die Investitionen in Höhe von 3,9 Mio € muß aber eine zusätzliche Kreditaufnahme von 3,5 Mio € veranschlagt werden. Außerdem soll eine Kreditermächtigung über 2 Mio € beantragt werden.

Bedenklich ist der mittelfristige Finanzplan bis 2025.

Das Haushaltsergebnis steigt von -740.000 im Jahr 2021 auf -2.5 Mio bis 2025, mit zusammen -5.0 Mio €

Die Netto-Investitionsrate fällt dagegen von +540.000 auf -191.000 €.

Die Verschuldung im Kernhaushalt steigt bis 2025 von 7,3 Mio auf 18,1 Mio €.

Hier hat Herr Lang nur von der Verschuldung des Kernhaushaltes gesprochen.

Daneben müssen aber noch die Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe betrachtet werden, die nach ihrer Neuordnung als „Liquiditätsplan mit Investitionsprogramm“ geführt werden:

Im Eigenbetrieb Stadtwerke schließt der Erfolgsplan 2022 mit einem Fehlbetrag von 276.000 € ab, der Schuldenstand steigt um 16 % auf 10 Mio €.

Im Eigenbetrieb Abwasser ist das Jahresergebnis zwar ausgeglichen, aber der Schuldenstand steigt wegen der Investitionen von 4,7 Mio allein im laufenden Jahr um 38% auf 18 Mio €.

Diese Verschuldung wird allerdings die Stadt in den Kernhaushalt übernehmen, sie sind also nicht doppelt gezählt.

Nicht alles wünschbare ist auch finanzierbar. Wir sehen es ein, dass z.B. die Realschule saniert werden muß. Reicht aber eine Grundsanierung oder entwickelt sie sich zu einer Luxussanierung?

Das können wir selbst nicht beurteilen, die Verwaltung oft auch nicht. Derartige Projekte entwickeln ein Eigenleben, bei dem die Kosten den ursprünglichen Rahmen oft bei weitem übersteigen. Das ist kein Einzelfall sondern fast die Regel.

Dies alles sind ernüchternde Zahlen, sie führen von einem Haushaltsergebnis für 2020 von +2,8 Mio €, über ein etwa ausgeglichenes Ergebnis für 2021 auf ein kumuliertes Defizit von -4,9 Mio € bis zum Jahr 2025, dem Bereich der mittelfristigen Finanzplanung. Der Stadtkämmerer weist selbst auf die zunehmend größer werdende Herausforderung hin, was sehr vorsichtig ausgedrückt ist.

Alle Steigerungsraten liegen weit über der Inflationsrate und dem Durchschnitt für die Bevölkerung.

Das Aufgabenportfolio muß daher überprüft werden, nicht alle Aufgaben können weiter so wahrgenommen werden wie bisher. Das muß allen Verantwortlichen klar gemacht werden, darüber hinaus auch der Bevölkerung.

Manche Projekte stellen sich als überflüssig, falsch oder zu teuer heraus, nachher will es aber keiner gewesen sein. Dabei verlangen wir nichts unmögliches, denn Fehler sind unvermeidbar und das Eingeständnis eines Fehlers wird auch verziehen, nur sollten es die Verantwortlichen zugeben und daraus lernen.

Die allgemeine Finanzsituation ist ernst:

Alle Gebietskörperschaften von der Gemeinde über das Land bis zum Bund haben das gleiche Problem mit den zu hohen Ausgaben und der daraus folgenden hohen Verschuldung, die bisher nur über die gewollte Nullzinspolitik der EZB nicht zum Zusammenbruch des Finanzsystems im Euroraum und bei einzelnen Staaten geführt hat.

Bei einer Abkehr von dieser Nullzins Politik mag man sich das Szenario gar nicht ausdenken, sie wird daher von den Verantwortlichen auch nicht gewollt, aber irgendwann wird sie kommen müssen. Im Moment droht die Schuldenunion, die den Mittelstand und manches andere zerstören wird.

Nachhaltigkeit sieht anders aus.

Dr. Ernst-Dieter Voigt